

Umstrittene neue Regierung in der Republik Moldau

Am Abend des 20. Januar 2016 wurde kurz vor Mitternacht im Rahmen einer zunächst geheim gehaltenen Zeremonie die neue Regierung der Republik Moldau vereidigt. Am selben Tag hatte im Rahmen einer mit lediglich drei Stunden Vorlauf angekündigten Sitzung des Parlaments das Kabinett von Pavel Filip (Demokratische Partei der Moldau – PDM) mit 57 Ja-Stimmen das Vertrauen der Abgeordneten erhalten. Die Fraktion der pro-russischen Partei der Sozialisten (PSRM) hatte dabei die Rednertribüne blockiert und mit Lärm und Zwischenrufen versucht, das Verfahren aufzuhalten, so dass das Plenum auf Vorschlag des PDM-Vorsitzenden Marian Lupu der Regierung das Vertrauen aussprach, ohne das über das Regierungsprogramm eine inhaltliche Debatte, wie eigentlich vorgesehen, stattfinden konnte. Für das von einem Bündnis aus PDM, PL, einem Teil der PLDM-Fraktion und 14 „Überläufern“ von der Partei der Kommunisten (PCRM), die Ende 2015 eine sog. Sozialdemokratische Plattform gegründet hatten, unterstützte Kabinett stimmten die Vertreter dieser politischen Kräfte im Parlament. Die PDM begründete das rechtsstaatlich fragwürdige Verfahren mit der Dringlichkeit der innenpolitischen Situation in der Republik Moldau.

Fast unmittelbar darauf brachen auf dem Platz vor dem Parlamentsgebäude Proteste aus, zu denen sowohl die pro-russische PSRM und die außerparlamentarische sog. „Unsere Partei“, als auch die zumindest deklaratorisch pro-europäische Bürgerliche Plattform „Würde und Wahrheit“ aufgerufen hatten. Eine Gruppe Protestierender konnte dabei auch ins Parlamentsgebäude eindringen, darüber hinaus wurden von der aufge-

brachten Menschenmenge einige Politiker, darunter der PL-Vorsitzende Mihai Ghimpu und die Bildungsministerin Corina Fusu (ebenfalls PL) körperlich angegriffen. Insgesamt verlief aber die Auseinandersetzung friedlich, obwohl mehrere Abgeordnete aus Angst um die eigene Sicherheit durch einen unterirdischen Korridor aus dem Gebäude der Legislative geflüchtet waren. Für heute ist nun erneut eine Massenkundgebung angekündigt. Unklar ist, mit welcher Absicht die Bürgerliche Plattform agiert. Während in einigen Medien der Protest gegen die neue Regierung dahingehend bewertet wird, dass die Bevölkerung keine Exekutive akzeptiere, die vom PDM-Hintermann und Oligarchen Vlad Plahotniuc – der vielen Moldauern als Inbegriff für die systemische Korruption gilt – faktisch kontrolliert wäre, vermochten andere Quellen in den Ereignissen ein Moskauer Drehbuch zu identifizieren, um Neuwahlen zu forcieren, bei denen allen Umfragen zufolge pro-russische Kräfte die Mehrheit gewinnen würden.

Fakt dürfte sein, dass die Republik Moldau vor zwei möglichen Szenarien steht. Das eine Szenarium wäre, dass die neu ins Amt eingeführte Regierung die Protestwelle übersteht. Die neue Exekutive, die sich einem pro-europäischen Kurs und Reformen verpflichtet hat, würde die Kontrolle des Oligarchen Vlad Plahotniuc über das ärmste Land Europas zementieren. Plahotniuc besitzt mehrere Fernsehsender und Nachrichtenportale, kontrolliert auch einen bedeutenden Teil des Werbemarktes in der Republik Moldau und – einigen Beobachtern zufolge – rechtsstaatlich relevante Institutionen, wie etwa die Generalstaatsanwaltschaft und das Nationale Antikorruptionszentrum. Er gilt als einflussreichster Politi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REPUBLIK MOLDAU
SVEN-JOACHIM IRMER
ANDREI AVRAM

Januar 2016

www.kas.de/moldau

ker und soll neben der PDM auch andere Politiker im Land „kontrollieren“ – selbst die Herausbildung der o.g. Parlamentsmehrheit wird von einigen Experten vor Ort der Tatsache zugeschrieben, dass mehrere Abgeordnete entweder erkaufte oder erpresst worden seien. Gleichwohl dürfte eine von Plahotniuc gesteuerte Regierung aus Sicht der westlichen Partner des Landes eine Garantie darstellen, dass Chisinau die geopolitische Orientierung nicht wechselt. Die USA hatten bereits im Vorfeld signalisiert, dass eine stabile, pro-europäische Regierung eine Priorität darstelle, obgleich der US-Botschafter in Chisinau einen Dialog zwischen Regierung und Protestierenden angemahnt hat. Auch aus dem Nachbarland Rumänien sind die Signale eindeutig: die Regierung sei legitim in einem parlamentarischen Verfahren gewählt worden, hieß es bereits am gestrigen Abend vom rumänischen Außenministerium. Der rumänische Präsident Klaus Iohannis erklärte am Donnerstagmorgen auf Facebook, dass durch die Amtseinführung der neuen Regierung, die sich für pro-europäisch erklärt, ein wichtiger Schritt zur Bewältigung der politischen Krise getätigt worden sei. Die Stabilität der Republik Moldau sei für Rumänien und die EU wichtig.

Inwieweit die neue Exekutive mehr als kosmetische Reformen durchführen wird, ist unklar. Stabilität ist jedoch ein Wunsch eines erheblichen Anteils der verarmten und vom politischen Tauziehen ermüdeten Bevölkerung. Dennoch ist Plahotniuc mit Abstand die öffentliche Figur, der die Bürger am wenigsten vertrauen. Einer Umfrage zufolge sehen 85 Prozent Plahotniuc in einem negativen Licht und nur drei Prozent positiv. Auch dürfte fraglich sein, inwieweit er etwa eine Unabhängigkeit der Justiz oder den Kampf gegen die Korruption fördern möchte, weil dadurch auch seine eigene Machtstellung erheblich geschwächt würde. Dass die PDM auch den Justizminister in der Regierung stellt, erzeugt diesbezüglich noch mehr Fragezeichen. Die angeschlagene Volkswirtschaft, die sich noch vom „Jahrhundertraub“ von Ende 2014 erholt, bei dem drei Staatsbanken faule Kredite in Höhe von 1 Mrd. Euro vergeben hatten, braucht dringend die Finanzspritzen vom

IWF und von der EU, ohne die selbst die Gehälter der Staatsbediensteten und die Renten nur noch zwei Monate lang ausbezahlt werden könnten.

Das alternative Szenarium ist mit höheren geopolitischen Risiken verbunden. Sollten die Proteste nicht aufzuhalten sein und Neuwahlen erzwingen, würden die PSRM und „Unsere Partei“ die stärksten Kräfte eines neuen Parlaments sein und den europäischen Kurs des Landes wohl abbrechen zugunsten einer Integration in die Eurasische Union. Die PDM, PLDM und PL liefen sogar Gefahr, den Einzug ins Parlament nicht mehr zu schaffen, weil sie längst das Vertrauen eines erheblichen Anteils ihrer Wählerschaft verloren haben. Doch auch die vermeintlich europäisch gesinnte Bürgerliche Plattform stellt keine glaubwürdige Alternative dar. Neben ihrer opportunistischen Allianz bei den jetzigen Protesten mit den moskaufreundlichen Kräften werden ihr Verbindungen zu den Brüdern Topa vorgeworfen, zwei moldauischen Oligarchen, die wegen Finanzverbrechen in der Republik Moldau vorbestraft sind und zur Zeit in Deutschland leben. Bessere Chancen hätte die vom Ex-Premierminister Iurie Leanca geführte Europäische Volkspartei der Moldau (PEEM), die sich auch gegen die Regierung von Pavel Filip ausgesprochen hat. Dennoch verfügt die PEEM nicht über die notwendigen Ressourcen, um in einem von PSRM und „Unserer Partei“ dominierten Parlament die Stimmung der Bevölkerung entscheidend zu kippen. In einer Gesellschaft, in der Russland über Medien, Kirche, unterschiedlichen Nichtregierungsorganisationen und über die Vielzahl an vor allem in Moskau tätigen moldauischen Gastarbeitern ohnehin über einen signifikanten Einfluss verfügt, wäre vor diesem Hintergrund zu erwarten, dass das Land längerfristig für Europa verloren wäre.

Inwieweit die politische Dauerkrise durch die Ernennung der neuen Regierung überwunden ist, hängt auch davon ab, wie sich vor allem Plahotniuc und die PDM in Bezug auf die für März anstehende Wahl des neuen Präsidenten des Landes durch das Parlament positionieren werden. Hierfür ist eine Drei-Fünftel-Mehrheit erforderlich. Scheitern

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

REPUBLIK MOLDAU
SVEN-JOACHIM IRMER
ANDREI AVRAM

Januar 2016

www.kas.de/moldau

zwei Wahlgänge, ist für diesen Fall eine Auflösung des Parlaments vorgesehen. Zur Zeit verfügt die jetzige Koalition nicht über die entsprechende Anzahl von Abgeordneten, um einen Kandidaten der eigenen Wahl erfolgreich ins Präsidentialamt zu setzen. Darüber hinaus stellt sich aber die Frage, ob die neue Exekutive in der Lage ist, zumindest die sozioökonomische Situation insoweit zu verbessern. Denn die pro-russische Haltung einer wachsenden Anzahl an Moldauern liegt vor allem daran, dass sie mit den pro-europäischen Kräften die Verschlechterung der eigenen Verhältnisse in Verbindung bringen. Sollte das Kabinett von Pavel Filip dies nicht schaffen, wäre der Gewinnzug der pro-russischen Parteien nur verschoben, jedoch nicht aufgehalten.